

**Forschungs- und Tätigkeitsbericht
des Lorenz-von-Stein-Instituts
für den Zeitraum vom 18. 10. 2014 bis zum 29. 10. 2015**

I. Personal

Nachdem im letzten Berichtszeitraum durch die Berufung durch Herrn *Jakob Tischer* zum geschäftsführenden wissenschaftlichen Mitarbeiter zwischen Februar 2014 und Januar 2015 und die Einstellung der ehemaligen studentischen Hilfskräfte *Johanna Jöns* und *Florian Kuhlmann* zum 15.07.2014 bzw. 1.8.2014 trotz des Weggangs von Dr. *Sönke Schulz* in die Elternzeit ein gewisse personelle Kontinuität erhalten werden konnte, übernahm Herr. Dr. *Schulz* für einen kurzen Zeitraum von Mitte bis Ende Januar 2015 wieder die Stelle des geschäftsführenden wissenschaftlichen Mitarbeiters, während Herr *Tischer* auf seine 1/2-Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter zurückkehrte. Vom 01.02.2015 bis zum 30.09.2015 übernahm Herr Dr. *Hoffmann* übergangsweise die Stelle des geschäftsführenden wissenschaftlichen Mitarbeiters.

Die Anschlussfinanzierung der drei bis zum 31.7.2015 befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen von Frau *Jöns*, Herrn *Gottberg* und Herrn *Kuhlmann* war noch bis Mitte 2015 unklar, sodass diese zunächst nur bis zum 30.09.2015 verlängert wurden. Die Mittel für die nun darüber hinausgehende Verlängerung von zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen um ein Jahr konnte durch die Bewilligung zweier Projektanträge durch den ISPRAT-Forschungsverbund erreicht werden. Eine Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) ist zwar derzeit noch unklar, jedoch arbeitet das Institut für diesen in den vergangenen Jahren wichtigen Drittmittelgeber ein Buchprojekt aus, für dessen Ausführung das Institut beauftragt werden könnte.

Die weitgehende Kontinuität bei Geschäftsführung und wissenschaftlichem Personal und das Netzwerk des Instituts aus ehemaligen Mitarbeitern, die in bestimmten Fällen hinzugezogen werden können, ermöglichte es weiterhin, eine starke Konzentration auf die originären Institutsaufgaben, die Aktivitäten im Bereich der Drittmittelforschung sowie die gutachterliche Tätigkeit aufrecht zu erhalten. Dies wird insbesondere durch die Bereitschaft des durch Drittmittel finanzierten Personals bzw. freier Mitarbeiter, auch Institutsaufgaben sowie Projekte, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt werden, zu übernehmen, ermöglicht.

Die Bibliotheksbetreuung sowie die Betreuung der EDV durch Herrn *Lennart Giesse* mussten krankheitsbedingt ab Mitte Februar 2015 gänzlich umgestellt werden. Aufgrund der Arbeitsunfähigkeit von Herrn *Giesse* wurde ab diesem Zeitpunkt die Bibliothek durch drei von ihm

über Jahre hinweg ausgebildete studentische Hilfskräfte ohne nennenswerten Wissensverlust verwaltet. Außerdem stand Frau *Jöns*, die vor ihrer Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts ebenfalls als studentische Hilfskraft für den Bibliotheksbereich durch Herrn *Giesse* ausgebildet wurde, den studentischen Hilfskräften bei Fragen zur Verfügung. Zwar wurde Herrn *Giesse* mittlerweile ordentlich gekündigt, jedoch ist die rechtliche Lage aufgrund seiner anwaltlichen Betreuung noch unsicher. Die für das Lorenz-von-Stein-Institut zuständige Personalsachbearbeiterin, Frau *Voss*, empfahl aufgrund dieser Unsicherheit, eine neue Bibliothekskraft bis zum 31.03.2016 nur vertretungsweise einzustellen. Deshalb wird vorerst die Lösung über die studentischen Hilfskräfte weiter verfolgt und personelle Abgänge rechtzeitig durch Einstellung und Ausbildung neuer studentischer Hilfskräfte kompensiert. Zudem bot Frau Dr. *Else Wischermann*, Direktorin der Universitätsbibliothek, ihre Hilfe bei der Findung eines Ersatzes für Herrn *Giesse* an. Die Arbeitsunfähigkeit Herrn *Giesses* bedingte auch, dass die Betreuung der EDV ab dem 1.2.2015 zunächst nicht erfolgte und nun durch den Einkauf einer durch das Rechenzentrum der Universität Kiel ausgebildeten studentischen Hilfskraft erfolgt. Herrn *Giesses* dafür vorgesehene 1/4-Stelle ist zum 30.06.2015 ausgelaufen.

Im Berichtszeitraum verließen Herr Dr. *Schulz*, Frau *Kim Corinna Borchers*, Herr *Tischer* sowie die Sekretärin des Instituts, Frau *Sylvia Weidenhöfer*, das Institut. Herr Dr. *Schulz* wechselte in ein anderes Beschäftigungsverhältnis im öffentlich-privaten Sektor, Frau *Borchers* und Herr *Tischer* traten in den juristischen Vorbereitungsdienst ein. Frau *Weidenhöfer* wechselte in das Sekretariat des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht.

Herr Dr. *Schulz*, bisher beschäftigt als geschäftsführender wissenschaftlicher Mitarbeiter, wechselte zum 1.2.2015 in ein Unternehmen aus dem öffentlich-privaten Sektor. Als Ersatz bestellte der Vorstand Herrn Dr. Christian Hoffmann, seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts und ehemaliger Doktorand von Prof. Dr. Utz Schliesky, zum geschäftsführenden wissenschaftlichen Mitarbeiter. Herr Dr. *Schulz* ist dem Institut beratend und als freier Mitarbeiter weiterhin eng verbunden.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben nämlich gezeigt, dass die während der Zeit als Mitarbeiter im Institut erworbene Expertise in Themen der Verwaltungsmodernisierung bundesweit nachgefragt ist und das Institut daher im eigenen Interesse eine enge Bindung ehemaliger Mitarbeiter aufrechterhalten will. Herr Dr. *Schulz*, Herr Dr. *Hoffmann*, Dr. *Anika Luch* sowie Herr *Tischer* haben im Berichtszeitraum in freier Mitarbeiterschaft auch an Drittmittelprojekten bzw. an Projekten, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt werden, mitgewirkt.

Im Rahmen der von DIVSI im Jahr 2014 bewilligten Projekte waren Herr *Friedrich Gottberg* und Herr *Florian Kuhlmann* auf dem Projekt »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?« und Frau *Johanna Jöns* auf dem

Projekt »Daten als Handelsware« jeweils auf einer 1/2- Stelle bis zum 30.09.2015 beschäftigt.

Herr *Kuhlmann* wechselte ab dem 1.10.2015 auf eine volle, für zwei Jahre befristete Stelle als geschäftsführender wissenschaftlicher Mitarbeiter. Herr Dr. *Hoffmann* wechselte auf die vom Verwaltungsrat auf der letzten Sitzung geschaffene Stelle als Drittmittelkoordinator für den Bereich Staatliches Innovationsmanagement.

Im Rahmen weiterer von ISPRAT im Jahr 2015 bewilligten Projekte sind Frau *Jöns* mit einer 1/2- Stelle auf dem Projekt „Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge“ und Herr *Gottberg* mit einer halben Stelle zunächst bis zum 31.12.2015 auf dem Projekt „Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme“ angestellt. Anschließend ist ein Wechsel auf das Projekt „Digitale Räume“ vorgesehen.

Frau *Kim Corinna Borchers* wurde im Rahmen des Projekts »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?« bis zum 31.12.2015 auf einer 1/4- Stelle beschäftigt.

Bei den Stellen der studentischen Hilfskräfte sind im Berichtszeitraum aufgrund des Bestehens der ersten juristischen Prüfung zwei Abgänge zu verzeichnen. Eine weitere studentische Hilfskraft verlässt das Institut zum 31.12.2015 für ein Auslandssemester, die Einarbeitung einer sie ersetzenden studentischen Hilfskraft findet bereits statt. Die drei ausgeschiedenen bzw. ausscheidenden studentischen Hilfskräfte waren bzw. sind dem Bibliotheksbereich zugeordnet (gewesen). Aufgrund der externen Förderung wäre es weiterhin grundsätzlich möglich, die Anzahl der studentischen Hilfskräfte auf einem vergleichbar hohen Niveau zu erhalten. Allerdings ist zum einen festzustellen, dass sich der Arbeitsaufwand in der Bibliothek verringert hat und zum anderen die nunmehr der Bibliothek verbliebene studentische Hilfskraft so eingearbeitet ist, dass sie das Arbeitspensum mit sechs Stunden pro Woche hinreichend bewältigen kann. Es empfiehlt sich daher, maximal zwei studentische Hilfskräfte für die Bibliothek einzustellen.

Nachdem Herr Dr. *Schulz* seine Tätigkeit als geschäftsführender wissenschaftlicher Mitarbeiter wieder aufgenommen hatte, wechselte Herr *Tischer* zunächst auf eine 1/2-Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter, die nach seinem Eintritt in den juristischen Vorbereitungsdienst zum 1.2.2015 auf eine 1/4-Stelle reduziert und über den 31.8.2015 hinaus auf eigenen Wunsch hin nicht mehr verlängert wurde. Herr *Tischer* hat im Berichtszeitraum seine Doktorarbeit (»Bürgerbeteiligung und demokratische Legitimation«) zur Begutachtung eingereicht, sodass in Bälde mit dem Abschluss des Promotionsvorhabens zu rechnen ist.

Im Berichtszeitraum waren die Stellen im Einzelnen wie folgt besetzt:**Vorstand**

Prof. Dr. Christoph Brüning

Prof. Dr. Utz Schliesky (geschäftsführend seit dem 1.1.2015)

Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt

Korrespondierende Mitglieder

Prof. Dr. Oliver Auge

Dr. Jost-Dietrich Busch

Prof. Dr. Hermann Hill

Prof. Dr. Martin Nolte

Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Prof. Dr. Christian Seidl

Dr. Göttrik Wewer

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Sönke E. Schulz (ab 01/2015 1/1-Stelle, finanziert aus Landesmitteln, bis 31.1.2015; ausgeschieden 01/2015)

Jakob Tischer (seit 07/2011: 1/2-Stelle [Drittmittel], ab 7.2.2014: 1/1-Stelle [Landesmittel]; ab 01/2015: 1/2-Stelle [Drittmittel]; ab 02/2015: 1/4-Stelle [Drittmittel]; ausgeschieden zum 30.09.2015)

Kim Corinna Borchers (seit 06/2012: 1/2-Stelle, ab 08/2014: 1/4-Stelle, finanziert aus Drittmitteln, bis 31.12.2014; ausgeschieden 12/2014)

Dr. Christian Hoffmann (seit 07/2013: 1/4-Stelle, ab 01/2014: 1/2-Stelle, finanziert aus Drittmitteln; bis 6/2014; ab 02/2015 1/2 Stelle finanziert aus Landesmitteln; ab 10/2015 1/2 Stelle, finanziert aus institutseigenen Mitteln)

Johanna Jöns (seit 7/2014, 1/2-Stelle, finanziert aus Drittmitteln)

Florian Kuhlmann (seit 8/2014, 1/2-Stelle, finanziert aus Drittmitteln; ab 10/2015 1/1 Stelle, finanziert aus Landesmitteln)

Friedrich Gottberg (seit 8/2014, 1/2-Stelle, finanziert aus Drittmitteln)

Bibliothek

Lennart Giesse (3/4-Stelle, finanziert aus Landesmitteln; ab 06/2015 1/2 Stelle, finanziert aus Landesmitteln)

Sekretariat

Sylvia Weidenhöfer (1/2-Stelle, finanziert aus Landesmitteln; ausgeschieden zum 31.5.2015)

Claudia Heinze-Hoffmann (1/2-Stelle, finanziert aus Landesmitteln; seit 1.7.2015)

Wissenschaftliche Hilfskräfte

Laura-Sophie von Unruh (bis 06/2015)

Studentische Hilfskräfte

Marlene Zenk (bis 10/2014)

Laura-Sophie von Unruh (bis 12/2014)

Luise Gottberg (bis 08/2015)

Simon Kansy

Elisabeth Ahl

Vivien Voss (bis 12/2015)

Frederic Kor (seit 11/2014)

Christian Petersen (seit 02/2015)

Carolin Hagenah (seit 11/2014)

Sarah Maroska (seit 11/2014)

II. Finanzen

Aufgrund guter Verkaufszahlen des Eigenverlages, der erfolgreichen Einwerbung weiterer Drittmittel und Projekte sowie insbesondere der Abwicklung zahlreicher gutdotierter Gutachtenaufträge konnte im Jahre 2014 ein Haushaltsüberschuss in Höhe von ... erwirtschaftet werden, der dem Institut im Haushaltsjahr 2015 zur Verfügung steht. Der Überschuss fällt um ca. ... höher aus als im Vorjahr. Dies ist auf die weiterhin stetigen Einkünfte des Instituts durch über die Honorarordnung abgewickelte Gutachtenaufträge zurückzuführen.

Die Titeluweisung seitens der Universität betrug im Haushaltsjahr 2014 ...

Im Haushaltsjahr 2015 wird der Überschuss wieder geringer ausfallen und voraussichtlich ca. ... betragen. Dies ist zum einen auf das im Jahr 2015 weniger erfolgreiche Verlagsgeschäft zurückzuführen, aber auch auf die zwar immer noch stetige, aber aufgrund des Weggangs von Herrn Dr. Schulz im geringeren Umfang stattfindende Zusammenarbeit mit der ...

...

III. Drittmittel

Nur aufgrund der (weiterhin) erfolgreichen Einwerbung von Drittmittelprojekten für den Forschungsbereich »Staatliches Innovationsmanagement« ist es dem Institut möglich, nachhaltig seinen statusmäßigen Auftrag zu erfüllen. Diese Förderung ermöglicht nicht nur die Beschäftigung weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter – sie führt insbesondere auch dazu, dass das Institut sein (mittlerweile) bundesweites Netzwerk zu anderen Wissenschaftseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen, gesellschaftlichen Initiativen und Verwaltungen ausbauen konnte.

Die an das Institut herangetragenen Projekte, Gutachtenaufträge und Ähnliches erreichen mittlerweile ein Maß, welches kaum noch mit dem vorhandenen Personal und v. a. kaum noch in den derzeitigen organisatorischen Strukturen bewältigt werden kann. Die Einstellung weiteren Personals gestaltet sich jedoch aufgrund der Bewerberlage einerseits, andererseits aber auch der Abrechnungsmodalitäten von Gutachten und Studien (im Nachhinein) und der damit nicht bestehenden Möglichkeit, weitere Stellen zu schaffen, als schwierig.

Zum Teil können weitere Projekte dennoch verwirklicht werden, indem ehemalige Mitarbeiter auf Honorarbasis und die mit 1/2-Stelle beschäftigten Mitarbeiter darüber hinaus eingebunden werden. Auch der Einsatz von weiteren freien Mitarbeitern im Rahmen von Gutachten oder Beratungsprojekten, die auf Grundlage der Honorarordnung durchgeführt werden, hat sich zwar bewährt, erscheint aber nicht als probate Lösung auf Dauer.

Eine gewisse Entlastung des geschäftsführenden wissenschaftlichen Mitarbeiters kann nunmehr durch die neu geschaffene Stelle des Drittmittelkoordinators für den Forschungs-

bereich Staatliches Innovationsmanagement erreicht werden. Ziel der derzeit von Herrn Dr. *Hoffmann* ausgeführten Position ist es, sämtliche Aufgaben die im Zusammenhang mit der Koordinierung der eingeworbenen Drittmittel stehen, zu übernehmen. Durch die Trennung der Aufgabenbereiche kann sich der geschäftsführende wissenschaftliche Mitarbeiter wieder verstärkt den originären Aufgaben des Instituts zuwenden.

1. Gesamtübersicht

Projekt	Laufzeit	Betrag
EU-DLR I	04/2007 – 12/2007	
EU-DLR II	08/2007 – 09/2008	
EU-DLR III	06/2008 – 09/2009	
E-Perso	10/2008 – 09/2009	
E-Perso II	10/2009 – 12/2010	
Datennotar	04/2009 – 09/2010	
Innovation	04/2009 – 09/2010	
E-Daseinsvorsorge	08/2010 – 07/2011	
Web 2.0	08/2010 – 07/2011	
E-Postbrief I (2011)	10/2010 – 12/2011	
E-Postbrief II (Aufstockung 2011)		
E-Postbrief (2012)	01/2012 – 12/2012 (verlängert bis 06/2013)	
Verwaltung 2.0	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 03/2013)	
Datenhoheit in der Cloud	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 12/2012)	
Wissensmanagement	09/2012 – 08/2013	
E-Postbrief (2013/2014)	07/2013 – 12/2014	
Grundgesetz 2.0	07/2013 – 06/2014	
Netzpolitik	10/2013 – 03/2014	
Vernetzte Sicherheit	07/2013 – 12/2013	
Mobile Government	07/2013 – 12/2013	
Grundgesetz 2.0 – II	07/2014 – 06/2015	
Daten als Handelsware	07/2014 – 06/2015	
Organisationskulturen u. effektive Nutzung krit. IT- Systeme...	09/2014 – 08/2015	
Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge	07/2015 - 06/2016	
Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme	09/2015 - 08/2016	

2. E-Personalausweis (ISPRAT e. V.)

Nachdem die erste Projektphase des Projektes »Innovative Personalausweis-Anwendungen. Langfristige IT-Sicherheit sowie rechtliche Grenzen und Herausforderungen« mit der Veröffentlichung eines Kommentars zum neuen Personalaus-

weisgesetz bereits Ende 2009 erfolgreich abgeschlossen werden konnte, soll in der zweiten Phase ebenfalls ein Kommentar – zum neuen De-Mail-Gesetz – entstehen. Da sich dessen Inkrafttreten jedoch hinausgezögert hat, konnten die Arbeiten an diesem Werk erst zeitverzögert aufgenommen werden. Ergänzend ist eine Kommentierung zum mittlerweile in Kraft getretenen E-Government-Gesetz des Bundes beabsichtigt. Die Projektlaufzeit wurde daher einvernehmlich verlängert. Derzeit stehen weiterhin Mittel in Höhe von 7.341,03 € zur Verfügung, die zeitnah für Autorenhonorare zur Erstellung eines De-Mail- und E-Government-Gesetz Kommentars verausgabt werden sollen. Stichtag für die Einreichung der Manuskripte ist der 31.12.2014.

3. Der E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung (Deutsche Post AG)

Im Herbst 2010 konnte das Lorenz-von-Stein-Institut einen weiteren namhaften Partner für eine Drittmittelförderung gewinnen. Die Deutsche Post AG fördert seit dem 1. Januar 2011 ein Projekt zum »E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung«, das seither mehrfach aufgestockt wurde.

Zum 01.07.2013 wurde der bisher letzte Fördervertrag geschlossen. Die Laufzeit beträgt 1,5 Jahre und endet im Dezember 2014. Die Fördersumme beträgt 120.000,- €.

Ab Juli 2013 waren in dem Projekt Frau *Brackmann* und Herr *Janda* beschäftigt. Im Januar/Februar 2014 kurzzeitig auch Herr *Tischer*. Des Weiteren sind hinsichtlich einzelner Forschungsfelder und Aufsatzpublikationen Herr Dr. *Hoffmann*, Frau Dr. *Luch* und Frau *Borchers* in dieses Projekt eingebunden.

Neben drei Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag gingen aus dem Projekt zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und diverse Vorträge hervor. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden u. a. folgende Themenschwerpunkte bearbeitet: »Rechtsfragen des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs«, »Ansprüche auf Tätigwerden des Ordnungsgebers im Bereich der Schriftformäquivalente am Beispiel der Verordnungsermächtigung in § 3a Abs. 2 Satz 4 Nr. 4 VwVfG« sowie »§ 2 Abs. 2 EGovG (die für Bundesbehörden verpflichtende Eröffnung eines De-Mail-Zugangs) im Lichte von Technikoffenheit bzw. Wettbewerbsneutralität«. Weiterhin soll bis Ende des 1. Quartals 2015 eine Monografie zum Thema »Der E-Postbrief (und andere elektronische Dokumente) als Beweismittel« entstehen.

Die Fördervereinbarung läuft zum 31. Dezember 2014 aus. Aufgrund einer Änderung der Konzernpolitik hinsichtlich der Wissenschaftsförderung wird es keine Anschlussvereinbarung geben. Hinsichtlich der weiteren Verwendung bereits gewährter, zum Ablauf des Förderzeitraums aber noch nicht verausgabter Mittel hat die Deutsche Post AG als Zuwendungsgeberin ihre Zustimmung erklärt.

Die Fördervereinbarung wurde bis zum 31.3.2016 verlängert

4. Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet? / Netzpolitische Themen (DIVSI)

Seit Mitte 2013 fördert das Deutsche Institut für Sicherheit und Vertrauen im Internet (DIVSI) – eine gGmbH der Deutschen Post AG – ein Forschungsprojekt unter dem Titel »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?«. Das Projekt untersucht die Auswirkungen der Digitalisierung aller Lebensbereiche auf das Grundgesetz. Die Fördersumme betrug zunächst 90.000,- €, von der bei einer Laufzeit bis Ende Juni 2014 zwei 1/2-Mitarbeiterstellen finanziert werden sollten.

Im Herbst 2013 wurde mit dem DIVSI die Aufstockung der Mittel um einen Betrag von 10.000,- € vereinbart, um das Thema »Netzpolitische Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2013 sowie deren Spiegelung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien« bearbeiten zu können. Diese primär politikwissenschaftliche Tätigkeit wurde von Herrn *Janda* und Herrn *Völz* übernommen. Das Teilprojekt hatte eine Laufzeit von einem halben Jahr (10/2013-03/2014).

Im Frühjahr 2014 wurde die Verlängerung des Projekts bei gleichzeitiger Aufstockung der Mittel vereinbart. Für den Zeitraum vom 1. Juli 2014 bis zum 30. Juni 2015 beträgt die Fördersumme weitere 100.000,- €. Kalkulationsansatz sind zwei 1/2-Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie eine Pauschale für Autorenhonorare freier Mitarbeiter.

In dem Projekt war ab Juli 2013 Frau *Borchers* beschäftigt, die Ausschreibung einer weiteren 1/2-Stelle blieb zunächst erfolglos. Ab Januar 2014 hatte Herr Dr. *Hoffmann* die zweite 1/2-Stelle inne. Nach Aufstockung der Mittel durch das Teilprojekt »Netzpolitik« war auch die übergangsweise Beschäftigung von Herrn *Völz* im Rahmen einer 1/4-Stelle möglich. Seit Beginn des neuen Förderzeitraums sind in dem Projekt Herr *Kuhlmann* und Herr *Gottberg* auf jeweils einer 1/2-Stelle beschäftigt, Frau *Borchers* auf einer 1/4-Stelle. Weiterhin ist Frau Dr. *Luch* als freie Mitarbeiterin insbesondere mit Autorentätigkeiten in dem Projekt aktiv.

Als erstes Ergebnis ging aus dem Projekt eine Anfang 2014 im Nomos-Verlag erschienene Studie mit dem Titel »Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet« hervor, die sich u. a. damit auseinandersetzt, inwiefern es möglich und sinnvoll ist, die grundrechtlichen Wirkungsdimensionen zum Schutz des Einzelnen im Rahmen internationaler Kommunikation und Interaktion fortzuentwickeln. Daraus entstanden verschiedene Aufsätze und kleinere Beiträge; außerdem wurden die Erkenntnisse auf

mehreren Vorträgen präsentiert. Eine zweite Publikation im Nomos-Verlag, die sich der »digitalen Dimension der Grundrechte« widmet, befindet sich inzwischen im Druck. Im Teilprojekt »Netzpolitik« entstand im Berichtszeitraum eine weitere DIVSI-Schrift mit dem Titel »Netzpolitik in Deutschland«, die die Umwandlung netzpolitischer Themen aus den Wahlprogrammen über die Koalitionsverhandlungen bis hinein in die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin untersucht.

Die langfristige Fortführung des Projekts wird angestrebt. Für die aktuelle Laufzeit ist eine Monografie zum Einfluss der Digitalisierung auf die staatliche Willensbildung sowie die Entwicklung weiterer Forschungsfragen zum Einfluss des digitalen Zeitalters auf das Grundgesetz geplant.

5. Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen (ISPRAT e. V.) – abgeschlossen

Das ISPRAT-Projekt »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« widmete sich den Fragen rund um die Bedrohungen, die aus der zunehmenden IT-Abhängigkeit ganzer – kritischer – Infrastrukturbereiche resultieren. Das Projekt wurde in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS, Berlin, und der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt. Die Projektlaufzeit betrug ein halbes Jahr (07/2013-12/2013), da das Projekt als sog. ISPRAT-Vorprojekt konzipiert war und der Entwicklung von Forschungsthemen/Projektideen für ISPRAT diente. Die Fördersumme betrug 20.000,- €.

Über dieses Projekt wurde vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2013 die 1/2-Stelle von Herrn *Tischer* finanziert.

Aus dem Projekt ging u. a. die im Frühjahr 2014 im institutseigenen Verlag erschienene Studie »IT und Internet als kritische Infrastruktur« (MSV Band 19) hervor. Aufgrund der positiven Resonanz auf die Studie gelang es dem Institut, gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt bei ISPRAT ein Folgeprojekt einzuwerben, das sich vertieft mit einem Teil der in der Publikation aufgeworfenen Aspekte befasst (dazu noch unten).

Es wurde veranlasst, dass der verbleibende Betrag in Höhe von 392,81 € in das Projekt »Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland« überführt wird.

6. Daten als Handelsware (DIVSI) – abgeschlossen

Das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) konnte neben den bereits laufenden Projekten für die Finanzierung eines weiteren Forschungsvorhabens gewonnen werden, das den Titel »Daten als Handelsware – der rechtliche

Schutz personenbezogener Daten vor einem Paradigmenwechsel?« trägt. Hintergrund des Projekts ist die Problematik, dass sich die Datenschützer weltweit – und vor allem auch nach deutschem Rechtsverständnis – schwer damit tun, personenbezogenen Daten einen eigentumsähnlichen Charakter zuzubilligen. Die Idee der informationellen *Selbstbestimmung* hat Grundrechtsrang – ein tragfähiges Modell informationeller *Selbstverwertung* wurde aber trotz der sich vor dem Hintergrund etwa von »Big Data« ändernden Lebenswirklichkeit nach wie vor nicht entwickelt. Im Zuge des Projekts ist die Veröffentlichung einer Monografie geplant. Die Fördersumme betrug 40.000,- €, die Laufzeit (beginnend ab dem 1. Juli 2014) 12 Monate.

Über das Projekt wurde vom 15. Juli 2014 bis zum 30.09.2015 die 1/2-Stelle von Frau *Jöns* finanziert.

7. Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland (ISPRAT e. V.) - abgeschlossen

Das vom ISPRAT e. V. geförderte Projekt »Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland« zielt auf eine deutschlandweite empirische Untersuchung der Rolle »organisationaler Achtsamkeit« zum Schutz kritischer IT-Infrastrukturen ab. Das Projekt wird gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt und schließt an das Vorprojekt »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« (siehe oben) an. Im Fokus stehen aus Sicht des Lorenz-von-Stein-Instituts die Identifikation (binnen-)rechtlicher Rahmenbedingungen, die sich begünstigend oder erschwerend auf den Schutz von IT-Infrastrukturen durch Achtsamkeit auswirken, und ggf. die (Fort-)Entwicklung geeigneter rechtlicher Instrumente. Die Laufzeit beträgt 12 Monate und die Fördersumme 30.000,- €. Projektbeginn war der 1. September 2014.

8. Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge (ISPRAT e. V.)

Das vom ISPRAT e. V. geförderte Projekt »Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge« beruht auf einem Vergleich der Räume der analogen mit denen der digitalen Welt. Ziel des Projekts ist es, Zuständigkeiten in digitalen Räumen zu untersuchen und ggf. neu zu ordnen. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) durchgeführt. Die Laufzeit beträgt 12 Monate und die Fördersumme für das Institut 60.000,- €. Projektbeginn war der 1. Juli 2015.

9. Erfolgreiche Verwaltung 2016: Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme (ISPRAT e. V.)

Das vom ISPRAT e. V. geförderte Projekt „Erfolgreiche Verwaltung 2016: Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme“ hat exemplarische Einzelfalluntersuchungen zur organisationalen Einbindung von kritischen Informationssystemen in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland zum Gegenstand. Das Projekt wird gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt und schließt an das Vorprojekt » Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland« (siehe oben) an. Im Fokus stehen aus Sicht des Lorenz-von-Stein-Instituts erneut die Identifikation (binnen-)rechtlicher Rahmenbedingungen, die sich begünstigend oder erschwerend auf den Schutz von IT-Infrastrukturen durch Achtsamkeit auswirken, und ggf. die (Fort-)Entwicklung geeigneter rechtlicher Instrumente. Die Laufzeit beträgt 12 Monate und die Fördersumme für das Institut 15.000,- €. Projektbeginn war der 1. September 2015.

Weitere, detaillierte Informationen zu den Drittmittelprojekten finden Sie unter www.lorenz-von-stein-institut.de

IV. Gutachten auf Grundlage der Honorarordnung des Instituts

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Gutachtenaufträge, Vorträge o. ä. nach den Vorgaben der vom Verwaltungsrat am 17. 07. 2008 beschlossenen Regelung zum Umgang mit entgeltlichen Aufträgen von dritter Seite und der Mitwirkung an sonstigen entgeltlichen Aufträgen oder Veranstaltungen im Sinne des § 4 Abs. 7 des Statuts des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften abgewickelt.

Hierzu wurden bisher insgesamt **87 Honorarvereinbarungen** zwischen Institut und den beauftragten Mitarbeitern geschlossen. Die vereinbarten Honorare wurden vom Institut vereinnahmt und anschließend gekürzt an die Beteiligten ausgezahlt.

...

Die seit Anfang des Jahres 2013 bestehende Rahmenvereinbarung für rechtswissenschaftliche Beratungs- und Gutachtertätigkeiten zwischen dem Lorenz-von-Stein-Institut und der ÖPP Deutschland AG bildet weiterhin die Grundlage für eine verstetigte, intensive Zusammenarbeit. So wurden im Berichtszeitraum vier gemeinsame Projekte zu verschiedenen Themen durchgeführt. Die Anzahl der über die Honorarordnung des Instituts abgewickelten Gutachtenaufträge wird sich durch die bewährte Zusammenarbeit mit der ÖPP Deutschland AG im kommenden Jahr voraussichtlich zumindest in vergleichbarem Ausmaß bewegen.

V. Sitzungen der Gremien des Instituts

Im Berichtszeitraum tagte der Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts sechsmal: 06.01.2015, 23.02.2015, 26.02.2015, 23.03.2015, 13.07.2015 und 29.10.2015

Die 9. Sitzung des Verwaltungsrats fand am 12.01.2015 statt.

VI. Veranstaltungen des Instituts

Auch im aktuellen Berichtszeitraum wurden – wie in der Vergangenheit – Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, regelmäßig in Kooperation mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft oder anderen Akteuren, durchgeführt.

Im Berichtszeitraum fanden folgende Veranstaltungen statt:

- **Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung 2014**

Am 18. November 2014 fand die alljährliche Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung statt. Den Vortrag hielt Herr Dr. *Göttrik Wewer*, Vice President E-Government bei der Deutsche Post Consult GmbH und Berater des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI). Unter dem Titel »Die Lobby des Guten – Interesse und Gemeinwohl im digitalen Zeitalter« beleuchtete *Wewer* vor dem Hintergrund des Staats- und Verwaltungsverständnisses Lorenz von Steins die Bedeutung der durch das Web 2.0 ermöglichten digitalen Organisation von Interessen für die traditionelle Vertretung von Interessen, für Staat und Demokratie sowie für das Regieren und Verwalten.

Die Vorlesung wurde unter gleichem Titel in der Reihe Quellen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte im institutseigenen Verlag veröffentlicht.

- **20.01.2015: Die Besteuerung öffentlicher Unternehmen**

Gemeinsam mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft richtete das Lorenz-von-Stein-Institut am 20.01.2015 eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zur Besteuerung öffentlicher Unternehmen aus. Tagungsort war das Wissenschaftszentrum Kiel. Auf der Veranstaltung wurden rechtliche und politische Perspektiven zum Thema vorgestellt und mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und kommunaler Selbstverwaltung erörtert. Den fachlichen Einführungsvortrag hielt Prof. Dr. *Christoph Brüning* als Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts. Vorträge kamen sowohl aus Lehre als auch aus der Praxis, so zum Beispiel von Prof. Dr. *Birgit Weitemeyer* von der Bucerius Law School zum Thema »Hoheitsbetrieb und Wettbewerb« und von Prof. Dr. *Marcus Arndt* von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zum Thema »Formen und Rahmen kommunaler Kooperationen«. Unter dem Titel »Perspektiven der Besteuerung der öffentlichen Hand« schloss die Veranstaltung mit einer von Prof. Dr.

Brüning moderierten, rege geführten Podiumsdiskussion. Ein am Institut entstandener Tagungsbericht ist in Heft 4/2015 der NordÖR (S. 161 ff.) zu finden.

▪ **10.03.2015: Lorenz von Stein und die rechtliche Regelung der Wirklichkeit**

Mit einer wissenschaftlichen Veranstaltung am 10.03.2015 zum Thema »Lorenz von Stein und die rechtliche Regelung der Wirklichkeit« griff das Lorenz-von-Stein-Institut in Kooperation mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft den 200. Geburtstag des Namensgebers auf und leistete einen eigenen Beitrag zum 350. Jubiläum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Tagungsort war das Hörsaalgebäude in der Leibnizstraße 1. Intention der Veranstaltung war es, die Übertragbarkeit der Lehren Lorenz von Steins auf aktuelle Fragestellungen der Verwaltungswissenschaften zu überprüfen und sie gegebenenfalls für die Lösung aktueller Probleme fruchtbar zu machen. Vorträge wurden unter anderem von Prof. Dr. *Stefan Koslowski* von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und Prof. Dr. Dr. h.c. *Rolf Grawert* von der Ruhr-Universität Bochum gehalten. Das Institut gestaltete das Programm durch Vorträge von Prof. Dr. *Christoph Brüning*, Prof. Dr. *Utz Schliesky*, Dr. *Sönke Schulz* und dem korrespondierenden Mitglied des Instituts Prof. Dr. *Christian Seidl* ebenfalls im großen Maße mit. Die Veranstaltung wird in einem Tagungsband noch im Dezember 2015 im Verlag Mohr Siebeck veröffentlicht.

▪ **12.06.2015: 19. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht**

Das Lorenz-von-Stein-Institut lud wie auch in den vergangenen Jahren als Mitveranstalter zum 19. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht ein. Am 12. Juni 2015 wurden in den Räumen des OVG Schleswig Fragen zur neuen Landesverfassung sowie zu aktuellen Entwicklungen im Informationsfreiheitsrecht diskutiert. Vorträge hielten u. a. RiOVG *Reinhard Wilke* und Dr. *Christian Wolff*, Kanzlei Brock Müller Ziegenbein., sowie aus dem Lorenz-von-Stein-Institut Prof. Dr. *Christoph Brüning* und Prof. Dr. *Utz Schliesky*. Ein Tagungsbericht aus dem Institut erschien in Heft 9/2015 der NordÖR (S. 379 f.).

VII. Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag

Im institutseigenen Verlag erschienen im Berichtszeitraum wieder mehrere neue Werke. Hervorzuheben ist neben der Entwicklung der Reihe »Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung«, seit deren Begründung im Jahre 2008 21 Werke veröffentlicht wurden, weiterhin die Reihe »Quellen der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte« Im letzten Berichtszeitraum konnte schließlich die 5. Auflage der am Institut verlegten Landesrechtssammlung von *Bernd Hoefler* auf den Markt gebracht werden, die seitdem hohen Absatz fand. Von ihr werden noch die letzten Exemplare verkauft, eine neue Auflage steht kurz vor dem Abschluss.

▪ **Quellen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte**

- Q 35** Utz Schliesky
Ein Recht auf Heimat?
- Q 36** Göttrik Wewer
Die Lobby des Guten – Interesse und Gemeinwohl im digitalen Zeitalter

▪ **Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung**

- MSV 20** Christian Hoffmann
Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Nutzung des *E-Postbriefes* der Deutschen Post AG
- MSV 21** Göttrik Wewer
Alle teilen alles mit allen? Gratis-Kulturen und Plattform-Ökonomie

▪ **Landesrecht Schleswig-Holstein**

- GLSH 1.5** Bernd Hoefler
Gesetze des Landes Schleswig-Holstein – Textsammlung (5. Auflage 2014)

VIII. Veröffentlichungen

Im Berichtszeitraum veröffentlichten Vorstand, aktive und freie Mitarbeiter des Instituts nicht nur im institutseigenen Verlag, sondern auch zu den Themen der Drittmittelprojekte und weiteren Aspekten der Verwaltungsmodernisierung in zahlreichen anderen Publikationsmedien.

▪ **Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)**

- Infrastrukturverantwortung zwischen Bürgern, Kommunen und Staat, Juristenzeitung (JZ) 2014, S. 1026 ff.
- Freiheit als Hilfefall? – Staatliche Daseinsfürsorge als Hilfe zur Selbsthilfe, Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) 2014, S. 908 ff.
- Zur Insolvenz von Kommunen, Der Gemeindehaushalt (GemH) 2014, S. 241 ff.
- Bürgerbegehren und -entscheid in der Bauleitplanung, Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland (NordÖR) 2014, S. 509 ff.
- Kommunale Selbstverwaltung in der Energiewirtschaft nach den BGH-Urteilen zur Vergabe von Wegekonzessionen, Die Gemeinde SH 2014, S. 295 ff.
- Öffentliches Preisrecht und Abfallgebühren, Zeitschrift für das Recht der Abfallwirtschaft (AbfallR) 2015, S. 2 ff.
- Neuausschreibungspflicht bei Vertragsänderung, Zeitschrift für das Gesamte Vergaberecht (VergabeR) 2015, S. 144 ff. (gemeinsam mit Benjamin Pfannkuch)
- Öffentliche Unternehmen im Wettbewerbs- und Vergaberecht, in: Schulte, Martin/Kloss, Joachim (Hrsg.), Handbuch Öffentliches Wirtschaftsrecht, erscheint demnächst
- Risse im Rechtsrahmen kommunaler wirtschaftlicher Betätigung, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2015, S. 689 ff.
- Dürfen klamme Kommunen Konzerne kaufen? Zum Zusammenhang von Kommunalwirtschaft, Haushaltslage, Staatsaufsicht, Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (NWVBl.), S. 245 ff.
- Rechtsprobleme bei der Privatisierung und (Re-)Kommunalisierung kommunaler Energieträger – aus der Sicht des Europa- und Verfassungsrechts, L. Quaas/Deutsches Anwaltsinstitut e.V. (Hrsg.), Rechtsprobleme der Energiewende, 2015, S. 145 ff.
- Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit, Die Verwaltung 48 (2015), S. 155 ff.
- Von Müll und Abfall sowie den azugehörigen Entgelten, Gebühren und Preisen, Zeitschrift für das Recht der Abfallwirtschaft (AbfallR) 2015, S. 250 ff.
- Referat zum Gesetzentwurf zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr, Eildienst LKT NRW 2015, S. 300 ff.
- Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung aus Art. 28 Abs. 2 GG, Juristische Ausbildung (JURA) 2015, S. 592 ff.

▪ **Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)**

- Verfassung und Verwaltung bei Lorenz von Stein, in: Koslowski (Hrsg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat, Baden-Baden 2014, S. 83 ff.

- Wer regiert wen in der Europäischen Union?, in: Schliesky/Günther/Schlürmann (Hrsg.), Schleswig-Holstein in Europa, Neumünster 2014, S. 56 ff.
 - Verwaltung: Mehr als nur „vollziehende Gewalt“? – Maßstäbe für eine gute Verwaltung, in: Schliesky/Wille (Hrsg.), Recht auf gute Verwaltung? – Ansätze für ein neues Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung, Kiel 2014, S. 43 ff.
 - Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Dritte Auflage, Band XII, 2014, § 277
 - Verfassungen, in: Danker/Schliesky (Hrsg.), Schleswig-Holstein 1800 bis heute – Historische Landeskunde, Husum 2014, S. 264 ff.
 - Wann wird das Rathaus völlig elektronisch?, in: 65 Jahre Kommunal- und Schul-Verlag, Kommune – Staat – Verwaltung, 2014, S. 103 ff.
 - Eine Verfassung für den digitalen Staat?, in: ZRP 2015, 56 ff.
 - Auf dem Weg zum digitalen Staat – auch ein besserer Staat?, in: Hill/Schliesky (Hrsg.), Auf dem Weg zum Digitalen Staat – auch ein besserer Staat?, Baden-Baden 2015, S. 9 ff.
 - Lorenz von Stein – Leben und Werk, in: Brüning/Schliesky (Hrsg.), Lorenz von Stein und die rechtliche Regelung der Wirklichkeit, Tübingen 2015, S. 5 ff.
 - Lorenz von Stein – Leben und Werk, in: JZ 2015, (im Erscheinen)
 - Parlamentsfunktionen, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch des Parlamentsrechts, Baden-Baden 2016, § 5.
 - Zukünftige Weiterentwicklung des Parlamentarismus, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch des Parlamentsrechts, Baden-Baden 2016, § 51.
 - Ist der digitale Staat ein besserer Staat?, in: Fehling/Schliesky (Hrsg.), (im Erscheinen)
 - Die Reform der Landesverfassung, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen 2015 (im Erscheinen)
 - Die Reform der Landesverfassung, in: Die Gemeinde Schleswig-Holstein 2015 (im Erscheinen)
 - Mit Sönke E. Schulz/Jakob Tischer, Organisationsbezogene Kompetenzen der Vertretungskörperschaft in der Kommunalverwaltung, – dargestellt am Verhältnis zwischen Kreistag und Landrat nach der schleswig-holsteinischen Kreisordnung, in: NordÖR 2015, S. 461-467
 - „Es wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ – Die staatsrechtliche Lage Schlesiens und Holsteins bei Dahlmanns Waterloo-Rede, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen 2015 (im Erscheinen)
 - Das Demokratieprinzip des Grundgesetzes, in: Schliesky/Schulz (Hrsg.), Digitale Demokratie und Grundgesetz, Baden-Baden 2016 (im Erscheinen)
 - Kommentierung der §§ 1, 2, 3, 3a, 4, 5, 6, 7, 8, 8a, 8b, 8c, 8d, 8e, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 71a, 71b, 71c, 71d, 71e VwVfG, in: Knack/Henneke (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, 10. Aufl. 2014
- **Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt (Auswahl)**
 - The Gambler’s Fallacy in Penalty Shootouts, in: Current Biology 25 (2015), R597-R598 (with S. Braun).
 - The Impact of Learning by Thought on Violations of Independence and Coalescing, in: Decision Analysis 12 (2015), forthcoming (with M. Birnbaum)
 - Insurance Demand under Prospect Theory: A Graphical Analysis, forthcoming in: Journal of Risk and Insurance
 - Overconfidence and Bubbles in Experimental Asset Markets, forthcoming in: Journal of Behavioral Finance (with J. Michailova).
 - Exploring Public Perceptions of Stratospheric Sulfate Injection, in: Climatic Change 130 (2015), 299-312 (with C. Merk, C. Kniebes, G. Pönitzsch, and K. Rehdanz)
 - Paradoxes and Mechanisms for Choice under Risk, in: Experimental Economics 18 (2015), 2015-250 (with J. Cox and V. Sadiraj)
 - Asymmetrically Dominated Choice Problems, the Isolation Hypothesis and Random Incentive Mechanisms in: PLOS ONE 9(3) (2014), e90742 (with J. Cox and V. Sadiraj)
 - Reconsidering the Common Ratio Effect: The Roles of Compound Independence, Reduction, and Coalescing, in: Theory and Decision 77 (2014), 323-339 (with C. Seidl)
 - Alternative Payoff Mechanisms for Choice under Risk, in: International Advances in Economic Research 20 (2014), 239-240. (with J. Cox and V. Sadiraj)
 - Insurance Demand and Social Comparison: An Experimental Analysis, in: Journal of Risk and Uncertainty 48 (2014), 97-109 (with A. Friedl and K. Lima de Miranda).
 - Common Consequence Effects in Pricing and Choice, in: Theory and Decision 76 (2014), 1-7 (with S. Trautmann)
 - **Dr. Sönke E. Schulz (Auswahl)**
 - Mit Jakob Tischer, Das IT-Sicherheitsgesetz – mehr IT-Sicherheit für kritische Infrastrukturen?, 21.10.2014, www.juwiss.de
 - Mit Anika D. Luch/Florian Kuhlmann, Ein Recht auf Vergessenwerden?, EuR 2014, S. 698-715
 - Mit Christian Hoffmann u.a., Die digitale Dimension der Grundrechte, Baden-Baden 2015
 - §§ 138a bis e Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein, in: Busse u.a. (Hrsg.), Praxis der Kommunalverwaltung, Landesausgabe Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung = Foerster u.a. (Hrsg.), Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, Ergänzungslieferung 07/2014 (Neukommentierung)
 - Rechtliche Anforderungen an Cloud Computing in der Verwaltung, in: Roßnagel (Hrsg.), Wolken über dem Rechtsstaat, Baden-Baden 2015, S. 99-116

- Kapitel 10: Einsatz von Social Media durch die öffentliche Verwaltung, in: Hornung/Müller-Terpitz (Hrsg.), Rechts- handbuch Social Media, München 2015, S. 429-486
 - § 45: Gesetzgebungsnotstand, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch Parlamentsrecht, Baden-Baden 2016
 - Mit Jakob Tischer/Anika D. Luch, Online-Wahlen und –Abstimmungen in Deutschland, BayVBl 2015, S. 253-257
 - Mit Utz Schliesky/Jakob Tischer, Organisationsbezogene Kompetenzen der Vertretungskörperschaft in der Kommunalverwaltung, – dargestellt am Verhältnis zwischen Kreistag und Landrat nach der schleswig-holsteinischen Kreisordnung, in: NordÖR 2015, S. 461-467
 - Es gibt Anpassungsbedarf – Die digitale Dimension der Grundrechte – Existenz, Funktion und Grenzen, DIVSI-Magazin 1/2015, S. 22 f.
- **Jakob Tischer**
 - Recht auf Vielfalt – auch bei der elektronischen Behördenkommunikation? Ansprüche auf Tätigwerden des Verordnungsgebers dargestellt am Beispiel des § 3a Abs. 2 S. 4 Nr. 4 VwVfG, Die Verwaltung 47 (2014), S. 521-547 (mit Sönke E. Schulz)
 - Online-Wahlen und -Abstimmungen in Deutschland, BayVBl. 2015, S. 253-257 (mit Anika D. Luch und Sönke E. Schulz)
 - IT als kritische Infrastruktur? Regulatorische Möglichkeiten zum Schutz der „Achillesferse“ des digitalen Staates, in: Hermann Hill/Utz Schliesky (Hrsg.), Auf dem Weg zum Digitalen Staat – auch ein besserer Staat?, Baden-Baden 2015, S. 87-114
 - Organisationsbezogene Kompetenzen der Vertretungskörperschaft in der Kommunalverwaltung – dargestellt am Verhältnis zwischen Kreistag und Landrat nach der schleswig-holsteinischen Kreisordnung, NordÖR 2015, S. 461-467 (mit Utz Schliesky und Sönke E. Schulz)
- **Kim Corinna Borchers**
 - Mit Thomas Schomerus, Umweltverschmutzung durch Licht – die Ausweisung von Lichtschutzgebieten als Instrument zur Reduktion von Lichtimmissionen, N&R 2015, S. 614-621
- **Dr. Christian Hoffmann**
 - Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Nutzung des *E-POSTBRIEFES* der Deutschen Post AG, Kiel 2015 (im Erscheinen)
- **Johanna Jöns**
 - Daten als Handelsware, 2015 (im Erscheinen)
- **Friedrich Gottberg**
 - Das Parlament im digitalen Zeitalter, in: Schliesky/Schulz (Hrsg.), Digitale Demokratie und Grundgesetz, Baden-Baden 2016 (im Erscheinen)
- **Florian Kuhlmann**
 - Mit Sönke E. Schulz/Anika D. Luch, Ein Recht auf Vergessenwerden?, EuR 2014, S. 698-715
 - Der Abgeordnete im digitalen Zeitalter, in: Schliesky/Schulz (Hrsg.), Digitale Demokratie und Grundgesetz, Baden-Baden 2016 (im Erscheinen)
- **Dr. Anika D. Luch**
 - Mit Sönke E. Schulz/Florian Kuhlmann, Ein Recht auf Vergessenwerden?, EuR 2014 , S. 698-715
 - § 10 Handlungsformen, § 33 Beauftragte, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch Parlamentsrecht, Baden-Baden 2016
 - Mit Sönke E. Schulz/Jakob Tischer, Online-Wahlen und –Abstimmungen in Deutschland, BayVBl 2015, S. 253-257

IX. Vorträge

Durch die Teilnahme der Mitarbeiter des Instituts an Veranstaltungen zum Thema »Verwaltungsmodernisierung«, schwerpunktmäßig zu den Themen der Drittmittelprojekte, im gesamten Bundesgebiet sowie der beratenden und unterstützenden Mitarbeit in verschiedenen Gremien (z. B. AG 3 des IT-Gipfels, JuristInnen Netzwerk E-Government) konnte der Bekanntheitsgrad des Instituts und seiner Arbeit weiter gesteigert werden. Im Rahmen des ISPRAT-Forschungsverbundes fanden zudem diverse kleinere und größere Workshops statt; u. a. die ISPRAT-Herbsttagung in Berlin. Auch die Kooperation mit dem DIVSI führte dazu, dass Vertreter des Instituts auf bestimmten Foren mit Vorträgen zu den Projektergeb-

nissen präsent waren. Die Kontakte werden genutzt, um das interdisziplinäre Netzwerk des Instituts auszubauen und neue Kooperationen zu begründen.

▪ Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)

- Öffentliches Preisrecht und Abfallgebühren, Lexxion Verlag, Berliner Abfallsrechtstage 2014 , 20./21. November 2014 in Berlin
- Kommunen unter Aufsicht, Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Westfalen-Lippe, Seminar, 4. Februar 2015 in Münster
- Kriterien und praktische Durchführung der Kontrolle der Wassergebühren nach den Vorschriften der kommunalen Abgabengesetze der Länder, Institut für Energie- und Regulierungsrecht Berlin, Workshop zum Wasserrecht, 17. April 2015 in Berlin
- Gesetzesentwurf zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr – Schwächung aller anderen Regionen in NRW, Freiherr-vom-Stein-Institut Münster, Kommunalverwaltung aktuell – Wissenschaft und Praxis, 24. April 2015 in Münster
- Straßenausbaubeitragsfinanzierung durch einmalige oder wiederkehrende Beiträge?, Städteverband Schleswig-Holstein, XVII. Bürgermeisterseminar des Städteverbandes Schleswig-Holstein, 7. Mai 2015 in Oeversee
- Insolvenzfähigkeit von Kommunen, Institut für Bankrecht und Bankwirtschaft an der Universität Rostock e.V., Bankrechtsabend, 9. Juni 2015 in Rostock
- Kommunale Gebührentage 2015, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Seminar, 22./23. Juni 2015 in Düsseldorf
- Aktuelle Entwicklungen zur wasserwirtschaftlichen Konzession, Institut für Umweltrecht der Universität Augsburg, 2. Deutscher Umwelt- und Infrastrukturrechtstag, 26. Juni 2015 in Augsburg
- Lorenz von Stein und die staatliche Ordnung der Gesellschaft, Rechtswissenschaftliche Fakultät der CAU, Ringvorlesung: 350 Jahre Rechtswissenschaftliche Fakultät der CAU, 13. Juli 2015 in Kiel
- Abgabentage, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., 8./9. September 2015 in Neumünster
- Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten bei Friedhofssatzungen, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, 7. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht, 10./11. September 2015 in Speyer
- Rationelle Betriebsführung, BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., 14. Wasserwirtschaftliche Jahrestagung, 29./30. September 2015 in Berlin
- Kommunalabgabenrecht, rechtliche Einordnung, gesetzliche Grundlagen und Schranken, Arbeitsgemeinschaft für Verwaltungsrecht im Deutschen Anwaltverein Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Herbsttagung, 23. Oktober 2015 in Köln

▪ Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)

- Lorenz von Stein – Leben und Werk, Vortrag auf der Wissenschaftlichen Fachtagung „Lorenz von Stein und die rechtliche Regelung der Wirklichkeit“, veranstaltet von der Lorenz von Stein-Gesellschaft und dem Lorenz-von-Stein-Institut im Wissenschaftszentrum am 10. März 2015 in Kiel
- Die neue Landesverfassung – die Änderungen im Überblick, Vortrag auf dem 19. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht am 12. Juni 2015 in Schleswig
- Niels Nicolaus Falck (1784 – 1850) – Der Kampf um Schleswig-Holstein mit den Mitteln des Rechts, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „350 Jahre Rechtswissenschaftliche Fakultät“ an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel am 29. Juni 2015 in Kiel
- „Es wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ – Die staatsrechtliche Lage Schlesiens und Holsteins bei Dahlmanns Waterloo-Rede, Vortrag auf dem Symposium „200 Jahre Dahlmanns Waterloo-Rede“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 7. Juli in Kiel
- Die staatsrechtliche Lage bei der Integration des Herzogtums Lauenburg in die preußische Provinz Schleswig-Holstein, Vortrag auf dem Symposium „150 Jahre Herzogtum Lauenburg und Preußen“ der Stiftung Herzogtum Lauenburg am 24. September 2015 im Stadthauptmannshof in Mölln
- Eine Verfassung für den digitalen Staat?, Vortrag in der Hermann-Ehlers-Akademie am 6. Oktober 2015 in Kiel
- Digitalisierung: Chance für Verwaltungsmodernisierung und Gefahr für den Verfassungsstaat?, Vortrag auf dem 8. Treffen der Jungen Norddeutschen Landesverwaltungen „Die moderne Verwaltung“ am 9. Oktober 2015 im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtages in Kiel
- Die Bedeutung des Werks Lorenz von Steins, Vortrag auf der Festveranstaltung anlässlich des 200. Geburtstags Lorenz von Steins und der Enthüllung einer Bronzebüste am 12. November 2015 im Rathaus der Stadt Eckernförde

▪ Dr. Sönke E. Schulz

- n.n.

▪ Jakob Tischer

- 15.1.2015: IT als kritische Infrastruktur? Regulatorische Möglichkeiten zum Schutz der "Achillesferse" des digitalen Staates, 5. Symposium "E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems": Auf dem Weg zum digitalen Staat - auch ein besserer Staat?, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer

X. Fortbildungsveranstaltungen

Prof. Dr. *Christoph Brüning*, Dr. *Christian Hoffmann* und Dr. *Sönke E. Schulz* haben einen Fernlehrgang für Nichtjuristen zum Thema »Vergaberecht« konzipiert, der vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. angeboten wird, zwölf Lektionen umfasst und im aktuellen Berichtszeitraum weiterläuft.

XI. Lehrveranstaltungen

Prof. Dr. *Christoph Brüning* ist Koordinator des universitären Schwerpunktbereichs 3 (Staat und Verwaltung). Er bietet zahlreiche Lehrveranstaltungen und Seminare zu diesen Themen an, so u. a. die Vorlesungen zum Staatsrecht, Kommunalrecht, Umweltrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht sowie zum Privatisierungs- und Vergaberecht. Hinzu kommt ein regelmäßig abgehaltenes Seminar zu aktuellen Fragen von Staat und Verwaltung. Gemeinsam mit Prof. Dr. *Florian Becker* ist er Ausrichter des Kolloquiums »Olshausener Runde«, die in der Vorlesungszeit alle zwei Wochen ausgerichtet wird und sich mit öffentlich-rechtlichen Themen befasst.

Prof. Dr. *Utz Schliesky*, Mitglied des Vorstandes, bot im Wintersemester 2014/2015 die Vorlesung »Verwaltungslehre« und im Sommersemester 2015 die Vorlesung »Recht der staatlichen Innovationen« an. Im Wintersemester 2015/2016 hält er erneut die Vorlesung zur Verwaltungslehre.

Prof. Dr. Dr. *Ulrich Schmidt* ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsökonomik und einer Forschungsprofessur am Institut für Weltwirtschaft. Er bietet regelmäßig Vorlesungen zu den Themengebieten Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Entscheidungstheorie sowie Seminare zu aktuellen Themen an. Zudem ist er Mitorganisator des Verhaltensökonomischen Seminars am Institut für Weltwirtschaft.

XII. Stellungnahmen

Im Berichtszeitraum wurde das Lorenz-von-Stein-Institut insbesondere vom Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu einem Gesetzesentwurf angehört. Das Institut kam dieser Bitte nach, die Stellungnahme ist als Umdruck des Landtages der Öffentlichkeit zugänglich:

- Stellungnahme zu den Anträgen „**Demokratie lebt von Beteiligung**“, LT-Drs. 18/2532, veröffentlicht als Umdruck 18/4273 des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Bearbeiter: Prof. Dr. *Schliesky*)

Darüber hinaus erarbeitete das Lorenz-von-Stein-Institut im Berichtszeitraum eine Stellungnahme für das schleswig-holsteinische Innenministerium:

- 13.02.2015: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft, LT-Drs. 18/3152 (Bearbeiter: Prof. Dr. Brüning)

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird im Übrigen auf die Informationen auf der Homepage des Instituts verwiesen.

www.lorenz-von-stein-institut.de